

Auch Biberach sagt Ja zu geänderten IGI-Plänen

Warum der Bauausschuss trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten am Industriegebiet im Rißtal festhält

gem

Biberach

Nach dem Warthäuser Gemeinderat hat auch der Bauausschuss des Biberacher Gemeinderats dem geänderten Bebauungsplan für das interkommunale Industriegebiet (IGI) Rißtal zugestimmt. Gegenstimmen gab es von den Grünen.

Baubürgermeister Christian Kuhlmann schilderte zu Beginn die wichtigsten Änderungen, die sich nach der Offenlage der Planung aus den zahlreichen Anregungen, Beschwerden und Abwägungen ergeben haben. Im Nordwesten und Nordosten ist das IGI um insgesamt rund 1,5 Hektar kleiner geworden und nun etwa 31 Hektar groß. Auf eine PV-Anlage in der Nähe der Bahnlinie wird verzichtet, weil man von PV-Anlagen auf den Firmendächern ausgeht. „Die Fläche kann deshalb weiter landwirtschaftlich genutzt werden, so Kuhlmann.

Am Bahnhofpunkt wird festgehalten, ebenso an einer möglichen Anbindung für Güterzüge. Diese sei für die Firma Liebherr, die sich dort ansiedeln will, ein „K.-o.-Kriterium“, so Kuhlmann. Die Fläche, die Liebherr im IGI bebauen will, wird als Sondergebiet definiert. „Liebherr produziert dort nicht nur, sondern will dort ein Rundumangebot aus Forschung, Produktion, Verwaltung und Schulung für ein spezielles Produkt ansiedeln“, so Kuhlmann. Für das Sondergebiet gelten niedrige Lärmgrenzen. Am Tag verringert sich die Lärmgrenze im südlichen Bereich, der an Herrlishöfen grenzt, um vier Dezibel, in der Nacht um elf Dezibel. Neu ist auch, dass mindestens die Hälfte der Außenwände von Fassaden der Industriehallen nach Norden, Osten und Süden begrünt und auch dauerhaft unterhalten werden müssen. Die Pläne gehen nun in die nächste Offenlage.

Ob das IGI denn angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten durch Corona und den Ukrainekrieg wirklich notwendig sei, werde derzeit oft gefragt, so Kuhlmann. „Gerade jetzt ist es notwendig, planungsrechtliche Grundlagen zu schaffen“, sagte er. Möglicherweise müssten die Firmen schnell reagieren können, dann könne man nicht erst mit der Planung beginnen. „Die Erschließung und der Bau erfolgen aber erst, wenn ein Bedarf konkret formuliert wird.“

Alfred Braig (FDP) stimmte ebenso zu wie Friedrich Kolesch (CDU). „Der Bedarf ist da, und es sind unsere Firmen. Wenn wir diesen Bedarf nicht erfüllen, gehen sie woanders hin“, sagte Kolesch. Er verwies auf die Hunderte von Seiten von Gutachten, Begründungen und Abwägungen. „So einen Aufwand haben wir noch für kein Bebauungsplan betrieben. Hier wurde gut gearbeitet, sachgerecht reagiert und einiges angepasst.“

Ganz anders sah es Josef Weber (Grüne), dessen Fraktion die Pläne ablehnte. Die Schlinge für Flächenfraß und Naturzerstörung ziehe sich immer weiter zu. Die Ausweisung eines Teils der IGI-Fläche als Sondergebiet bezeichnete er als „wünsch dir was“. Er wollte wissen, ob für die Autos der Mitarbeiter Parkhäuser geplant seien und wo die Lkws parken, die die Betriebe beliefern. Er gehe davon aus, dass die Firmen auf ihren Flächen Parkhäuser bauen, so Kuhlmann. Die Lastwagen müssten auf den Grundstücken der jeweiligen Firmen parken, nicht an der Straße. Das Sondergebiet sei im Übrigen kein „Wünsch dir was“, sondern ein konkret gewordener Bedarf, sagte Kuhlmann.

Zustimmung kam von Flavia Gutermann für die Freien Wähler. Das gesamte Gebiet werde mit viel Grün aufgewertet. „Davon, dass wir die Flächen unseren Firmen bereitstellen, wird der ganze Landkreis profitieren.“

Die SPD stimmte ebenfalls zu. Der geänderte Bebauungsplan beinhalte einige wichtige Verbesserungen für Mensch und Landschaft. Sie hoffe, dass das IGI nun umgesetzt werde. Nach dem Bauausschuss muss nun auch der Gemeinderat am 24. März noch über den geänderten Plan entscheiden.
